

# Hamburger Verhältnisse



Michael Wildt

In Hamburg wird die Schulpolitik zu einem mit plebisziären Mitteln auszufechtenden Streitfall. Ich sehe die große ethische Herausforderung der Systemik als eine Art „kategorischen Imperativ“: „Entwickle die Struktur von Systemen so, dass sie allen Beteiligten in gleichem Maße das größte Maß an selbstverantwortetem Handeln erlaubt, bei dem sie ihrem individuellen Sinnverständnis folgen können.“

Nun muss man in der Hamburger Politik mit allem rechnen. 1974 legte die Hansestadt die Straßenbahn zum Flughafen still und kündigte als Alternative den Bau einer S-Bahn an. Seit 2008 fährt die Bahn nun. Zwischendurch fuhr nur ein Linienbus. Anders herum wäre sinnvoller gewesen: Erst die S-Bahn, und dann – vielleicht – die Straßenbahn abschaffen.

Die Schuldebatte der Freien Hansestadt nimmt ähnliche Züge an. Der Slogan „Wir wollen lernen“ verdimmt: Alle Seiten glauben schließlich, es böte unseren Kindern bessere Bedingung, wenn der eigenen Sichtweise gefolgt werde. Die Debatte wirkt unsachlich und daher ärgerlich.

Wie kommt das? In Hamburg soll eine Entscheidung getroffen werden, die weder in der einen als in der anderen Form zu einer guten Lösung geführt werden kann. Gerungen wird um ein gerechtes Verfahren, in einem differenzierenden Schulsystem unsere Kinder auf verschiedene weiterführende Schulen zu verteilen. Doch das gibt es wohl nicht. Niemand kennt ein empirisch gesicherten Weg, aus den Parametern am Ende der Grundschulzeit auf einen gelingsicheren Verlauf des Lernweges in der Sekundarstufe zu schließen – von allen schwachen Prognosekriterien scheint die soziale Herkunft des Elternhauses noch am zuverlässigsten zu sein. In Hamburg wird nach einer Lösung für ein vermutlich unlösbares Problem gesucht. Kein Wunder, dass es Zoff gibt. Wer glaubt denn, nach Klasse 6 sei der Schulwechsel besser zu gestal-

ten als nach Klasse 4? In Berlin läuft das Experiment, das die Initiative in Hamburg fordert, seit Jahrzehnten. Niedersachsen versuchte es gleich mit zweifachem Schulwechsel nach Klasse 4 und Klasse 6 – die „Orientierungsstufe“ ist gescheitert.

Das eigentliche Problem ist der Übergang als solcher – egal, ob nach Klasse 4 oder 6. Bei jedem Übergang von der einen zur nächsten Schule geht das pädagogische Wissen über das Kind verloren. Das ist die Folge des Systemwechsels, denn Sozialwissen verbleibt in Systemen gespeichert. Für Kinder ist der Wechsel so etwas wie „Reset beim Computer“ wie „gehe zurück nach der Badstraße“ beim Monopoly. Die Betreuung durch die Institution, die den Auftrag hat, Lernen zu fördern, bricht ab. Für Kinder, deren Elternhaus die Betreuungsarbeit nicht gewährleistet, ist das eine Katastrophe. Langfristige Lernunterstützung der Kinder wird so zum Glücksspiel. Ich kann verstehen, dass das Eltern auf den Plan ruft, aus Sorge um ihre Kinder.

Doch können sich Schulen zielgerichtet verändern. Eine auf Dauer ausgelegte pädagogische Lernunterstützung gelingt nur innerhalb einer Organisation. Jeder Systemwechsel ist disfunktional. Ein Kind, das lernen will, braucht also eine heterogenitätsgerechte Schule von Klasse 1 bis Klasse 10. Solche Schulen lassen sich so strukturieren, dass ein oder zwei Lehrkräfte ein Kind vom Eintritt in die Schule bis zum mittleren Schulabschnitt bei allen Höhen und Tiefen des Bildungswegs begleiten. So etwas nennt der Systemiker eine „stabile Lernumgebung“.

Das erspart den Eltern die Suche nach der passenden weiterführenden Schule. Den Kindern erspart es den realen Lernverlust in der Übergangsphase, wegen des Zusammenbruchs der Lerngruppen am Ende der Grundschulzeit und deren Neuaufbau in den weiterführenden Schulen. Das Phänomen kostet jedem Kind ein Lernjahr, dem Staat nutzlose 5000 €. Es soll nun in Hamburg um zwei Jah-

re verschoben werden? Das ist doch kein echter Fortschritt!

Weiter kommen wir mit der Perspektive auf die inklusive und heterogenitätsgerechte Schule von Klasse 1 bis 10. Nach der Pubertät sind die Jugendlichen alt genug, ihren künftigen Bildungsweg verantworten zu können. Im Sinne des „systemischen Postulats“ sollten weder Schule noch Eltern über die Bildungswege der Kinder entscheiden. Kinder verbleiben einfach so lang in einer Schule, bis sie reif genug sind, die Konsequenzen des eigenen Handelns im Bezug auf den Schulabschluss selbst zu tragen.

Vielleicht haben wir diese Schulen noch nicht. Dann gründen wir sie eben. Das geht nicht administrativ. Und erst recht nicht durch Bürgerentscheide. Viele Kollegen wollen gerne solche Schulen aufbauen, ihre Schulen nach ihren Visionen umbauen. Politik sollte ihnen den Rahmen dazu bieten.

Ein kontrollierter Wettbewerb der Systeme ist sinnvoll, nicht aber der Versuch, Alternativen zu reduzieren. Anreicherung des Bildungssystems – öffentlicher Schulen – ist das systemische Gebot der Stunde. Ein gutes Gymnasium darf nach Klasse 4 versuchen, Eltern von der gemeinsamen Schule für alle Kinder abzuwerben. Soll doch die gemeinsame Schule die Qualität entwickeln, die Eltern bei der Stange hält! Vielleicht fusioniert das Gymnasium mit einer Grundschule ebenfalls zu einer Schule für alle Kinder und lernt vom neuen Partner, wie man heterogenitätsgerechten Unterricht macht. Die Regel „Jedes aufgenommene Kind wird in der Schule optimal gefördert – Abschlussschulung findet nicht statt“, sorgt für Konvergenz der Systeme.

Das wäre eine Lernchance! Nicht nur für Hamburg.